



Gedenken

Von Reinhard Vesper

Beim Gedenken an die Soldaten, die im Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland gefallen sind, darf deren Nationalität keine Rolle spielen. Es ist gleichgültig, ob sie Amerikaner, Franzosen, Briten, Russen, Ukrainer, Belarussen oder was auch immer waren. Zu normalen Zeiten wäre es eine Selbstverständlichkeit, Botschafter aller beteiligten Länder ungeachtet gegenwärtiger politischer Zwistigkeiten zu Veranstaltungen wie dem Gedenken die Schlacht um die Seelower Höhen am Mittwoch einzuladen. Doch die Zeiten sind nicht normal. Das russische Regime führt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine, zu dessen Rechtfertigung es eine verfälschte Darstellung des Zweiten Weltkriegs instrumentalisiert.

Unter Berufung auf den Kampf gegen Hitler Deutschland betreiben die Moskauer Machthaber die Zerstörung der Ukraine, deren Gebiet während des Zweiten Weltkriegs in besonderem Maße unter dem nationalsozialistischen Terror gelitten hat. Ein würdiges Gedenken an den Zweiten Weltkrieg ist gemeinsam mit Vertretern des russischen Staates vor diesem Hintergrund derzeit nicht möglich. Die Empfehlung des Auswärtigen Amtes, sie nicht zu Gedenkfeiern einzuladen, ist deshalb richtig. Das ist keine Missachtung der russischen Kriegstoten, sondern der angemessene Umgang mit einem Regime, das jeden Tag beweist, dass ihm weder das Leben von Ukrainern noch von eigenen Bürgern viel wert ist.

Worte gegen Viren

Von Kim Björn Becker

Es ist eine gute Nachricht, wenn sich Repräsentanten der Weltgemeinschaft doch noch auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen können. Die Einigung der WHO-Staaten auf einen Pandemievertrag zeigt, dass es möglich ist, unterschiedliche Interessen geduldig und zäh miteinander in Einklang zu bringen. Das geplante Abkommen, bei dem es nun zu einem Durchbruch gekommen ist, soll die Vorbereitung auf zukünftige Pandemien verbessern und die Reaktionen auf einen Ausbruch international fair koordinieren – wichtige Lehren aus dem chaotischen Beginn der Corona-Pandemie vor gut fünf Jahren. Gleichwohl ist nicht alles gut. Weil Donald Trump die USA aus der Weltgesundheitsorganisation herauslösen will, hat Washington das Abkommen schon nicht mehr mitverhandelt. Die Spaltungen, die Trump in die Welt bringt, erfassen also auch das Bemühen, besser auf weltumspannende Krankheitsausbrüche zu reagieren. Und dass sind die inhaltlichen Probleme. Der Vertrag muss von den Staaten ratifiziert werden – wer am Ende dieses aufwendigen Prozesses mitzieht, ist schwer vorherzusagen. Und es sind Zweifel angebracht, ob die Versprechen von mehr Informationsaustausch und mehr Fairness eingelöst werden, wenn es wieder um Lockdowns geht und darum, wie viele Impfstoffe eine Regierung ins Ausland schickt. In der Krise sind sich viele selbst am nächsten – und Zeiten des Egoismus sind vorbei.

Gefährdeter Frieden in Südsudan

Der Bürgerkrieg im Norden destabilisiert die Region.

Von Christian Meier, Tel Aviv

Der Krieg in Sudan klingt auch nach zwei Jahren nicht ab. Die Gewalt gegen Zivilisten ist mit den jüngsten Angriffen auf Flüchtlingslager in Darfur sogar noch eskaliert. Zugleich zeigt sich eine Entwicklung, die aus anderen Kriegen bekannt ist: Die Kämpfe tragen zur Destabilisierung der gesamten Region bei – indem sie sich direkt und indirekt auf bestehende Konflikte in Nachbarländern auswirken. Das zeigt sich seit einigen Wochen in Südsudan. Das Land, das 2011 die Unabhängigkeit von Sudan errang, nicht gerade gefährlich nahe an einen neuen Bürgerkrieg heran. Der erste begann 2013 und dauerte fünf Jahre. Er hat Schätzungen zufolge mehr als 400.000 Todesopfer gefordert und Millionen Menschen in die Flucht getrieben.

Jetzt sieht es so aus, als fiele das Friedensabkommen von 2018 auseinander. Geschlossen wurde es von den beiden Hauptkontrahenten des Bürgerkriegs, Salva Kiir und Riek Machar. Sie waren einst Verbündete im Unabhängigkeitskampf, bekriegten einander dann aber, bis sie 2020 wieder eine Einheitsregierung bildeten: mit Kiir als Präsidenten und Machar als Erstem Vizepräsidenten.

Machar steht allerdings seit Wochen unter Hausarrest. Der 72 Jahre alte Politiker wurde Ende März in seiner Residenz in der Hauptstadt Juba festgesetzt. Vorausgegangen war eine schrittweise Eskalation. Auf die Entlassung eines Machar nach Gouverneurs durch Kiir Anfang Februar folgten Angriffe einer als „Weiße Armee“ bekannten Miliz auf eine Armeebasis in Nasir im Bundesstaat Upper Nile. Auch ein UN-Hubschrauber wurde während der Kämpfe dort beschossen. Der im Nordosten des Landes verankerten „Weißen Armee“ wird eine Nähe zu Machar nachgesagt.

Kiir reagierte mit der Festnahme von Anhängern Machars und der Festsetzung des Vizepräsidenten selbst. Zugleich kam es zu Zusammenstößen zwischen bewaffneten Kräften beider Gruppen, dabei setzten die Kiir zugehörigen Sicherheitskräfte auch Luftangriffe ein. Unterstützung wurde er dabei durch Truppen aus Uganda. Der

südlische Nachbar stand schon im Bürgerkrieg auf Kiirs Seite.

Machar, dem Anführung zur Rebellion vorgeworfen wird, scheint als Vizepräsident entmachtet worden zu sein; zudem gibt es jetzt einen Machtkampf in seiner Partei, der Sudan People's Liberation Movement-in-Opposition (SPLM-IO). Als Annette Weber, die Sonderbeauftragte der Europäischen Union für das Horn von Afrika, vorige Woche nach Juba reiste, wurde ihr ein Treffen mit Machar verweigert. Die Deutsche rief die Führer des Landes dazu auf, sich wieder zum Friedensabkommen zu bekennen. Insbesondere in Upper Nile steigt allerdings die Gefahr eskalierender Gewalt. Am Wochenende attackierten und plünderten bewaffnete eine Klinik der Organisation Ärzte ohne Grenzen.

Die Eskalation hat mehrere Gründe. So hat Präsident Kiir seit dem vergangenen Jahr sowohl im Geheimdienst als auch in seiner Partei, der SPLM-IG („In Government“), Schritte unternommen, um seine Macht zu konsolidieren. Anschließend begann er, gegen Machar und dessen Gefolgsleute vorzugehen. Ein Grund könnte sein, dass Kiir seine Nachfolge regeln will. Der Präsident ist 73 Jahre alt und gesundheitlich stark angeschlagen. Bei Besuchen ausländischer Politiker wirke er mitunter abwesend, heißt es.

Aber auch der Krieg in Sudan spielt eine Rolle. Dort kämpfen seit April 2023 zwei Fraktionen des Militärs um die Macht, die „Schnellen Unterstützungskräfte“ (RSF) und die reguläre Armee (SAF). Der Krieg hat dazu geführt, dass Südsudans wichtigste Einnahmequelle



zwischenzeitlich zu versiegen drohte: der Erdölexport. Er macht mehr als 90 Prozent der Staatseinnahmen aus. Das im Norden des Landes geförderte Öl muss allerdings durch Sudan gepumpt werden, durch zwei Pipelines, die nach Port Sudan führen. Seit Kriegsausbruch werden diese teils von den RSF, teils von den SAF kontrolliert. Eine Beschädigung der östlichen Petrod-Pipeline im Februar 2024 führte zum Einbruch der Exporte. Anfang 2025 stellte Südsudan die baldige Wiederaufnahme der Lieferungen in Aussicht.

Der Einbruch der Öleinnahmen hat dazu geführt, dass Kiir Sicherheitskräfte nicht mehr bezahlen konnte. Einige Bewaffnete begannen daraufhin, sich auf illegalen Wegen selbst zu versorgen. Nicht nur das hat die Unsicherheit im Land erhöht. Auch mehr als eine Million Flüchtlinge aus Sudan und einander bekämpfende Truppen nördlich der Grenze zwischen den beiden Ländern fördern Konflikte. Die Vereinten Nationen warten vor wenigen Tagen, im Nordosten Südsudans seien 7,7 Millionen Menschen von schwerer Nahrungsmittelunsicherheit bedroht. Zudem breite sich in Upper Nile die Cholera aus.

Während die Regierung in Juba anfangs bemüht schien, sich gegenüber den Kriegsparteien in Sudan neutral zu verhalten, ist inzwischen eine Annäherung Kiirs an die RSF zu beobachten. Im Februar reiste der Präsident, der selten das Land verlässt, in die Vereinigten Arabischen Emirate, die als wichtigster Unterstützer der RSF gelten. Beobachtet gehen davon aus, dass Kiir sich den RSF und den Emiraten zugewandt hat, um sicherzustellen, dass der Erdölexport nicht abwärts eintrudelt. All das gefährdet indes Südsudans Stabilität – denn je mehr das Land sich von Kräften in Sudan abhängig macht, desto mehr könnten diese versucht sein, dies auszunutzen. Das schlimmste Szenario ist, dass die innenpolitische Krise in Südsudan sich mit dem Krieg im Nachbarland überlagert. Dann könnte Südsudan einen Bürgerkrieg erleben, der zugleich ein sudanesischer Stellvertreterkrieg ist.



Alan GARBER

Foto: Laif

Der erste Widerständler

Als Alan Garber im vergangenen Dezember feierlich ins Amt des Harvard-Präsidenten eingeführt wurde, scherzte er: Der traditionsbedadene Präsidentenstuhl aus dem 18. Jahrhundert scheine „am jedem Tag heißer zu werden“. Er sei jedoch nicht so unbequem, wie er gedacht habe. Der 69 Jahre alte Mediziner und Gesundheitsökonom hatte die Elitehochschule zu diesem Zeitpunkt schon durch ihre unruhigen Monate geführt. Garber übernahm die Universitätsleitung im Januar 2024 interimsmäßig. Zuvor war die Präsidentin Claudine Gay im Zuge der Debatte über den Umgang mit Antisemitismus während der proplatinistischen Proteste zurückgetreten.

In seiner Antrittsrede hob Garber hervor, viele schauten dieser Tage auf Harvard. Es sei „gerechtfertigt und notwendig“, die Institution immer selbstkritisch zu betrachten, auf dass keine Selbstgefälligkeit aufkomme. Doch in seinem offenen Brief in dieser Woche verteidigte er die Universität entschieden gegen die Forderungen der Regierung nach mehr Kontrolle über die akademische Lehre. Präsident Donald Trump übt seit Wochen Druck auf amerikanische Universitäten aus, die er als Horte linksradikaler Störenfriede ausgemacht hat. Garber widersetzte sich ihm als Erster öffentlich.

Die Regierung stelle „beispiellose“ Forderungen, äußerte er. Dabei sei klar, dass es im Kern nicht um eine konstruktive Zusammenarbeit gegen Antisemitismus gehe. Harvard werde jedoch weder seine Unabhängigkeit aufgeben noch seine verfassungsmäßigen Rechte abtreten. Garber, der 1955 in eine jüdische Familie in Rock Island, Illinois, geboren wurde, hob hervor, man nehme die „moralische Pflicht“, Antisemitismus zu bekämpfen, nicht auf die leichte Schulter. Doch dies erreiche man nicht, indem man Harvard kontrolliere – und uns vorgibt, wie wir zu arbeiten haben.“

Der vierfache Vater ist der Universität seit Jahrzehnten verbunden. Garber absolvierte 1976 sein Bachelorstudium der Wirtschaftswissenschaften in Harvard ab und ließ einen Master und einen Doktor folgen. Parallel promovierte er 1983 an der Stanford University zum Doktor der Medizin und schloss drei Jahre später seine Facharztausbildung am Harvard angeschlossenen Frauenkrankenhaus in Boston ab. Seit 2011 war Garber stellvertretender Universitätsleiter und für alle akademischen Fragen zuständig.

Garber warnte im vergangenen Sommer davor, aus Angst vor den Folgen schweren Entscheidungen aus dem Weg zu gehen. Für seinen Widerstand gegen die Regierung bekam er nun sogleich die Rechnung. Trump äußerte am Mittwoch, Garber stehe „Witz“, lehne „Hass und Dummheit“ – und solle deswegen nicht länger Bundeszuschüsse bekommen. SOFIA DREIBACH

Fremde Federn: Birgitta Siefker, Christian Much, Hansjörg Haber, Christian Clages

So kann es nicht weitergehen in Gaza

Der Blick auf Gaza ist verstörend. Das Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 mit fast 1200 Toten und 250 verschleppten Geiseln traumatisiert Israel bis heute und hat uns alle erschüttert. Die israelische Reaktion brachte Zehntausenden Menschen den Tod, infizierte ganze Generationen mit Hass und fügt Israels Sicherheitsinteressen massiven Schaden zu. Diese Situation und die deutsche Positionierung hierzu besorgen nicht nur uns, die Autoren, sondern, wie wir aus zahlreichen Gesprächen wissen, auch viele Beamte in der Bundesregierung.

Mit der Bürde des Holocausts tragen wir Deutsche eine besondere moralische Verantwortung für Israel und die Menschlichkeit. Für beide einzutreten und Vergehen an beiden entgegenzutreten, muss unser Anspruch sein. Das betrifft Hamas, aber auch die aktuelle Regierung Israels. Ihre bedingungslose Unterstützung ist falsch verstanden Freundschaft, weil sie wichtige Teile der israelischen Gesellschaft ignoriert. Unsere Verpflichtung muss der Konfliktlösung, die für das Bestehen Israels langfristig notwendig ist, sowie den friedensbereiten Palästinensern gelten, die es sehr wohl gibt. Vorurteile hindern uns zu oft daran, die Palästinenser als ein Volk wahrzunehmen, das ebenso vielschichtig ist wie das israelische. Die jüngsten Anti-Hamas-Proteste in Gaza waren hierfür ein Zeichen.

Angesichts des Desinteresses vieler Medien und der zögerlichen Kommunikation unserer politischen Eliten zum Geschehen in Gaza haben sich radikale Kräfte des Themas angenommen und es mit antisemitischer Hetze gefüllt. Dafür wäre kein Raum gewesen, hätte es in der politischen Öffentlichkeit einen klaren, völkerrechtsorientierten Diskurs gegeben. Zu diesem Orientierungsrahmen gehören die Genfer Konventionen und das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (ISGH). Hamas hat mit dem Terrorüberfall, der Geiselnahme und dem Beschuss ziviler Ziele in Israel gegen humanitäres und Kriegsvölkerrecht verstoßen. Israel muss sich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit gefallen lassen. Die aktuelle Bilanz: über 50.000 dokumentierte Tote, davon 18.000 Kinder. Zehntausende Verwundete und für immer Verstümmelte, die Zerstörung von 20 Krankenhäusern und Geburtskliniken, die Blockade von Nahrungs- und Medikamententransporten, Amputationen bei Kindern und Kaiserschnitte ohne Narkose, über 1000 getötete Rettungskräfte und über 200 getötete Journalisten, Kinder, Moscheen, Museen und 90 Prozent aller Schulen und Hochschulen zerstört mit verheerenden Auswirkungen auf die kulturelle Identität Gazas.

Der ISGH sieht hinreichende Gründe dafür, dass das Abschneiden lebenswichtiger Güter und medizinischer Ver-

sorgung sowie Fälle vorsätzlicher Tötungen als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft werden können. Er hat deshalb nach sorgfältiger Prüfung Haftbefehle erlassen, gegen Hamas-Führer sowie Ministerpräsident Netanjahu und den damaligen Verteidigungsminister Gallant. 77 Völkerrechtslehrer des deutschsprachigen Raums haben sich dahintergestellt. Wieder Netanjahu noch deutsche Politiker stehen über dem Recht. Lautes Nachdenken über Wege zur Umgehung des Haftbefehls passen nicht zu einem Vorreiter des Völkerstrafrechts wie Deutschland.

Der Nahostkonflikt begann nicht erst am 7. Oktober. Seit Jahrzehnten sehen wir zu, wie Palästinenser von der israelischen Armee und Siedlern schikanieren, vertrieben oder getötet werden und wie Israel völkerrechtswidrig immer mehr Land besetzt – dies im offenkundigen Widerspruch zu unserem sonstigen Eintreten für das Völkerrecht und zur regelbasierten Weltordnung. Im GH-Verfahren Gambia gegen Myanmar plädierte die Bundesregierung für eine weite Auslegung des Völkermordbegriffs, um von Südafrika angestregten Verfahren scheint sie sich zugunsten Israels für das Gegenteil einzusetzen. Mattnalliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Besetzung und Annexion verurteilt die Bundesregierung etwa im Fall Russland/Ukraine lautstark, gegenüber Israel hält sie sich zurück. Dass wir uns so dem

Vorwurf der Doppelmoral aussetzen, darf nicht verwundern. Die Wiederaufnahme des Kriegs in Gaza im März, die Militäroperation im Westjordanland, Israels Vorgehen in Libanon und Syrien sowie Trumps Gaza-Riviera-Plan lassen kein Weiter-so mehr zu, auch nicht von Deutschland. Wir können nicht weiter dazu schweigen, dass in Gaza palästinensisches Leben unmöglich gemacht wird. Wir sollten die israelische Zivilgesellschaft unterstützen und eine handlungsfähige, intern und international legitimierte palästinensische Regierung der nationalen Einheit, die aus freien Wahlen hervorgeht, befördern.

Ausgangspunkt ist immer noch der Oslo-Prozess und die Zweistaatenlösung. Sollte Israels Weigerung, die Besatzung zu beenden und die Siedlungen im Westjordanland abzubauen, dies unmöglich machen, bliebe allein die Einstaatenlösung, die ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Arabern und Juden bedingt, wenn der Staat demokratisch sein soll. Kontraproduktiv ist die gebetsmühlenartige Bekräftigung unserer Unterstützung der Zweistaatenlösung bei gleichzeitiger Carte blanche für eine israelische Regierung, die diese gerade untergräbt.

Die Verfasser sind ehemalige deutsche Botschafter im Nahen und Mittleren Osten und haben dort in Amman, Beirut, Damaskus, Kairo, Nouakchott, Ramallah, Riad und Tripolis gedient.

Frankfurter Allgemeine SELECTION



Recyceltes Gold oder Platin mit Urban-Mined-Brillanten

Ob zierlicher Memory-Ring oder feiner Solitär-Ring – die Handschrift der Martin Guthmann Schmuckmanufaktur in vierter Generation ist unverkennbar. Die Brillanten werden schonend aus Altschmuck ausgefasst und neu bearbeitet.

Sichern Sie sich einen zierlichen Solitär-Ring (750er Gold) mit Tsavorith für 450 Euro und die passenden Ohrstecker für 650 Euro.

Der Memory-Ring in 750er Gold mit Wesselton-Brillanten ist für 1.650 Euro erhältlich, in 950er Platin mit cognacfarbenen Brillanten für 1.400 Euro. Die Ringe sind wunderbar als Duo zu tragen. Die dazu passenden Ohrstecker kosten in Gold 625 Euro, in Platin 495 Euro.

F.A.Z. Selection steht für herausragende Qualität und anspruchsvolles Design – exklusiv für F.A.Z.-Leser gefertigt in deutschen Manufakturen und von renommierten Herstellern. Besuchen Sie unseren Onlineshop!

faz.net/selection, Info: (069) 75 91-1010, Fax: (069) 75 91-80 82 52

